

Stadt Bönningheim
Konzeptvergabe
„Schloss Bönningheim“



Sammlung Formulare/Deckblätter
Erstangebot

Die nachfolgenden Vordrucke sind zur Erstellung und Einreichung des Erstangebots zu verwenden!

Bitte reichen Sie die folgende Formularsammlung vollständig ein, um zu vermeiden, dass geforderte Angaben fehlen.

Zum Nachweis von Erklärungen können Anlagen beigefügt werden.

A.	Formular: Angebotsschreiben.....	3
B.	Formular: Erklärungen und Angaben zur Bietergemeinschaft.....	4
C.	Erklärung zu Ausschlussgründen nach § 123 GWB.....	7
D.	Erklärung zu Ausschlussgründen nach § 124 Abs. 1 GWB.....	8
E.	Erklärung zum Verbot Beteiligung russischer Unternehmen.....	9
F.	Erklärung Tariftreue- und Mindestlohngesetzes Baden-Württemberg.....	10
G.	Formular: Bankerklärung.....	12
H.	Formular: Erklärung zur Referenzen.....	13
I.	Formular: Projektteam.....	16
J.	Formular: Umbau- und Betriebskonzept.....	19
K.	Formular: Planungsrechnung.....	20
L.	Formular: Stellungnahme zur vertraglichen Gestaltung.....	21
M.	Formular: Erklärungen zur Eignungsleihe.....	22

A. Formular: Angebotsschreiben

Konzeptvergabe „Schloss Bönningheim“

Name und Anschrift des Bieters (*auszufüllen*):

Name	
Anschrift (Str., Haus-Nr., PLZ, Ort)	
Ansprechpartner mit Kontaktdaten (Tel., E-Mail)	

An die

Stadt Bönningheim
Frau Birgit Papendorf
Fachbereich 2: Innere Dienste, Bildung und Ordnung
Kirchheimer Straße 1
74357 Bönningheim

Erstangebot: Konzeptvergabe „Schloss Bönningheim“

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit reichen wir unser Erstangebot zu der o.g. Konzeptvergabe ein.

Die Angaben in den beigefügten Formblättern und Anlagen machen wir zum Gegenstand unserer Erklärungen zu diesem Angebot.

Ort	Datum	Unterschrift der vertretungsberechtigten Person

B. Formular: Erklärungen und Angaben zur Bietergemeinschaft¹

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen, bewerben uns als Bietergemeinschaft:²

	Mitglied 1 der Bietergemeinschaft	Mitglied 2 der Bietergemeinschaft
Name des Unternehmens:		
Anschrift (Str., Haus-Nr., PLZ, Ort):		
Ansprechpartner (Name, Telefonnr. Fax, E-Mail):		
Angaben zur Aufgabe/Funktion innerhalb der Bietergemeinschaft:		

	Mitglied 3 der Bietergemeinschaft	Mitglied 4 der Bietergemeinschaft
Name des Unternehmens:		
Anschrift (Str., Haus-Nr., PLZ, Ort):		
Ansprechpartner (Name, Telefonnr. Fax, E-Mail):		
Angaben zur Aufgabe/Funktion innerhalb der Bietergemeinschaft:		

¹ Nur bei Bedarf einzureichen.

² Die Nachweise sind von jedem Mitglied einzeln zu erbringen.

Als bevollmächtigter Vertreter der Bietergemeinschaft wird benannt:

Name und Firma des bevollmächtigten Vertreters der Bietergemeinschaft eintragen.

Name des Unternehmens:	
Anschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort):	
Name des bevollmächtigten Vertreters:	

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Wir erklären, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder vertritt und alle Mitglieder der Bietergemeinschaft als Gesamtschuldner haften.
- Wir streben eine abweichende Haftungsverteilung an.

Die mit diesem Erstangebot eingereichten Erklärungen und Anlagen gelten für alle Mitglieder der Bietergemeinschaft, soweit sie sich nicht ausdrücklich auf einzelne Mitglieder beziehen.

Ort	Datum	Unterschrift Mitglied 1 der Bietergemeinschaft

Ort	Datum	Unterschrift Mitglied 2 der Bietergemeinschaft

Ort	Datum	Unterschrift Mitglied 3 der Bietergemeinschaft

--	--	--

Ort

Datum

Unterschrift Mitglied 4 der Bietergemeinschaft

C. Erklärung zu Ausschlussgründen nach § 123 GWB

Hiermit erkläre/n ich/wir, dass keine Person, die meinem/unseren Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt ist oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen eines Straftatbestandes, der im Folgenden aufgezählt ist:

- 1) § 129 StGB (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129 a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen), § 129 b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- 2) § 89 c StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89 a Absatz 2 Nummer 2 StGB zu begehen,
- 3) § 261 StGB (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- 4) § 263 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- 5) § 264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- 6) § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- 7) § 108 e StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
- 8) §§ 333 und 334 StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335 a StGB (Ausländische und internationale Bedienstete),
- 9) Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr),
- 10) §§ 232 und 233 StGB (Menschenhandel) oder § 233 a StGB (Förderung des Menschenhandels).

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des Abs. 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

Uns/mir ist bekannt, dass das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person einem Unternehmen zuzurechnen ist, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Darüber hinaus erkläre ich/erklären wir in Bezug auf das Unternehmen, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist.

Außerdem erklären wir, dass keine Eintragung im Gewerbezentral- oder Landeskorrupsionsregister vorliegen.

D. Erklärung zu Ausschlussgründen nach § 124 Abs. 1 GWB

Ich erkläre/Wir erklären in Bezug auf das durch uns vertretene Unternehmen, dass

- 1) das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge oder Dienstleistungskonzessionen nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat, insbesondere nicht gegen die Vorschriften der § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes und § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes
- 2) das Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder kein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- 3) das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nicht eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird,
- 4) das Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- 5) nach unserem Kenntnisstand kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber / Konzessionsgeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte,
- 6) das Unternehmen nicht bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war,
- 7) das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags nicht erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- 8) das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen und Auskünfte nicht zurückhält und in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
- 9) das Unternehmen
 - a) nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers/Konzessionsgebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - b) nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
 - c) nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers/Konzessionsgebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

E. Erklärung zum Verbot Beteiligung russischer Unternehmen

1. Ich/wir erkläre/n, dass wir in entsprechender Anwendung des 5. EU-Sanktionspakets in Verbindung mit Artikel 5k der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 nicht zu nachfolgend aufgeführten Personen, Organisationen oder Einrichtungen zählen:

- a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
- b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
- c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln.

2. Ich/wir erkläre/n, dass an dem Projekt keine Unternehmen im Sinne der Nr. 1 als Unterauftragnehmer, Eignungsleiher oder Lieferanten beteiligt sind (soweit mehr als 10% des Auftragswertes auf solche Unternehmen entfallen).

Hinweis: Die Stadt Bönningheim schließt nicht nur einen direkten Vertragsschluss mit RUS Unternehmen i.S.d. Vorschrift aus sondern es ist auch eine Beteiligung solcher Unternehmen an dem Projekt als Unterauftragnehmer oder Lieferant ausgeschlossen, soweit mehr als 10% des Projektvolumens auf RUS Unternehmen entfallen. Dasselbe gilt, wenn RUS Unternehmen im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises (sog. Eignungsleihe) vom Bieter im Vergabeverfahren benannt wurden, soweit mehr als 10% des Projektvolumens auf RUS Unternehmen entfallen.

F. Erklärung Tariftreue- und Mindestlohngesetzes Baden-Württemberg

Eigenerklärung zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landes-tariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

Ich erkläre/Wir erklären,

- dass meinen/unsere Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts gewährt werden, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den mein/unsere Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist;
- dass meinen/unsere Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden), die nicht dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht.
- dass ich mir/wir uns von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege;
- sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

- dass mein/unsere Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,
- dass mein/unsere Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unsere Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unsere Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
 - den Ausschluss meines/unsere Unternehmens oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
 - mein/unsere Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
 - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben,

- der öffentliche Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung informiert.

G. Formular: Bankerklärung



Erklärung einer Bank, aus der sich ergibt, dass der Bieter/die Bietergemeinschaft grundsätzlich in der Lage ist, ein derartiges Projekt zu finanzieren, liegt als Anlage bei!

H. Formular: Erklärung zur Referenzen

Vorlage von jeweils **mindestens einer Referenz** aus den folgenden Bereichen:

- Architektonische Planung und fachliche Begleitung des Umbaus eines denkmalgeschützten Gebäudes zur Etablierung eines Hotel- oder Gaststättenbetriebs
- Übernahme der Bauherrenfunktion beim Umbau eines denkmalgeschützten Gebäudes zur Etablierung eines Hotel- oder Gaststättenbetriebs
- Betrieb eines Hotels
- Projektentwicklung in Zusammenarbeit mit Städten und Gemeinden oder anderen Stellen der öffentlichen Hand

Bitte ausfüllen:

Referenz	Architektonische Planung und fachliche Begleitung des Umbaus eines denkmalgeschützten Gebäudes zur Etablierung eines Hotel- oder Gaststättenbetriebs
Kurze Beschreibung	
Auftraggeber	
Ansprechpartner (Name, Kontaktdaten)	

Weitere Beschreibung als Anlage liegt bei! ³

Bitte ausfüllen:

³ Bei Bedarf ankreuzen und Anlage beifügen.

Referenz	Übernahme der Bauherrenfunktion beim Umbau eines denkmalgeschützten Gebäudes zur Etablierung eines Hotel- oder Gaststättenbetriebs
Kurze Beschreibung	
Auftraggeber	
Ansprechpartner (Name, Kontaktdaten)	

Weitere Beschreibung als Anlage liegt bei! ⁴

Bitte ausfüllen:

Referenz	Betrieb eines Hotels
Kurze Beschreibung	
Auftraggeber	
Ansprechpartner (Name, Kontaktdaten)	

Weitere Beschreibung als Anlage liegt bei! ⁵

Bitte ausfüllen:

⁴ Bei Bedarf ankreuzen und Anlage beifügen.

⁵ Bei Bedarf ankreuzen und Anlage beifügen.

Referenz	Projektentwicklung in Zusammenarbeit mit Städten und Gemeinden oder anderen Stellen der öffentlichen Hand
Kurze Beschreibung	
Auftraggeber	
Ansprechpartner (Name, Kontaktdaten)	

Weitere Beschreibung als Anlage liegt bei! ⁶

⁶ Bei Bedarf ankreuzen und Anlage beifügen.

I. Formular: Projektteam

Darstellung der Projektmitglieder einschließlich Dienstleistern mit Angaben zur fachlichen Leistungsfähigkeit (Architektur, Projektsteuerung in der Umbauphase, Etablierung des Hotelbetriebs etc.)

Bitte ausfüllen:

Name des Projektmitglieds:	<input type="checkbox"/> Qualifikationsnachweise/Lebenslauf liegt bei
Funktion:	
Fachliche Qualifikation:	
Erfahrung:	
Position im Unternehmen	<i>Bitte ankreuzen:</i> <input type="checkbox"/> Inhaber <input type="checkbox"/> Angestellter <input type="checkbox"/> Dienstleister

Bitte ausfüllen:

Name des Projektmitglieds:	<input type="checkbox"/> Qualifikationsnachweise/Lebenslauf liegt bei
Funktion:	
Fachliche Qualifikation:	
Erfahrung:	
Position im Unternehmen	<i>Bitte ankreuzen:</i> <input type="checkbox"/> Inhaber <input type="checkbox"/> Angestellter <input type="checkbox"/> Dienstleister

Bitte ausfüllen:

Name des Projektmitglieds:	<input type="checkbox"/> Qualifikationsnachweise/Lebenslauf liegt bei
Funktion:	
Fachliche Qualifikation:	
Erfahrung:	
Position im Unternehmen	<i>Bitte ankreuzen:</i> <input type="checkbox"/> Inhaber <input type="checkbox"/> Angestellter <input type="checkbox"/> Dienstleister

Bitte ausfüllen:

Name des Projektmitglieds:	<input type="checkbox"/> Qualifikationsnachweise/Lebenslauf liegt bei
Funktion:	
Fachliche Qualifikation:	
Erfahrung:	
Position im Unternehmen	<i>Bitte ankreuzen:</i> <input type="checkbox"/> Inhaber <input type="checkbox"/> Angestellter <input type="checkbox"/> Dienstleister

Bitte ausfüllen:

Name des Projektmitglieds:	<input type="checkbox"/> Qualifikationsnachweise/Lebenslauf liegt bei
Funktion:	
Fachliche Qualifikation:	
Erfahrung:	
Position im Unternehmen	<i>Bitte ankreuzen:</i> <input type="checkbox"/> Inhaber <input type="checkbox"/> Angestellter <input type="checkbox"/> Dienstleister

Weitere Anlagen liegen bei.

J. Formular: Umbau- und Betriebskonzept

Das Umbau- und Betriebskonzept soll Folgendes umfassen:

- Planskizze des Projekts im Endzustand (nach Umgestaltung des Schlosses)
- Beschreibung des Raum- und Nutzungskonzepts
- Darstellung der voraussichtlich erforderlichen baulichen Maßnahmen
- Darstellung, wie die Anforderungen des Denkmalschutzes umgesetzt werden.
- Beschreibung des Hotel- und Tagungsstättenbetriebs
- Darstellung, welche Hotelklassifizierung nach dem Standard Hotelstars.EU voraussichtlich erreicht wird. Die dafür relevanten Merkmale sind auf Grundlage des Kriterienkatalogs 2020-2025 anzugeben.
- Darstellung des Mehrwerts für die Stadtgesellschaft



Umbau- und Betriebskonzept als Anlage liegt bei! ⁷

⁷ Bei Bedarf ankreuzen und Anlage beifügen.

K. Formular: Planungsrechnung

Der Bieter hat eine grobe Planungsrechnung für das Projekt auf Grundlage der von ihm favorisierten Vertragsart (langfristiger Pachtvertrag oder Erbbaurechtsvertrag) über einen Betrachtungszeitraum von 50 Jahren einzureichen. In der Planungsrechnung sind die voraussichtlichen Einnahmen und Kosten des Projekts sowie die Kapitalverzinsung auszuweisen.

Als Grundlage für die Kostenansätze hat der Bieter eine Grobkosten-Schätzung, aufgeteilt in die Kostengruppen der DIN 276, vorzunehmen.



Planungsrechnung als Anlage liegt bei

L. Formular: Stellungnahme zur vertraglichen Gestaltung

Ich bevorzuge den Abschluss eines

- Erbbaurechtsvertrags.
- Pachtvertrags.

Kurze Begründung	
------------------	--

- Eine ergänzende Stellungnahme, ob ein Pacht- oder eine Erbbaurechtsvertrag bevorzugt wird, liegt als Anlage bei.

M. Formular: Erklärungen zur Eignungsleihe⁸

Nur soweit zutreffend auszufüllen (EIGNUNGSLEIHE):

Wichtig: Wenn Sie Nachunternehmer zur Eignungsleihe einsetzen, ist für jedes Nachunternehmen die Formularsammlung Eignungsleihe nebst Anlagen mit dem Angebot einzureichen.

Da uns für die unten dargestellten „Vorgesehen Leistungen“ die erforderliche Leistungsfähigkeit fehlt, nehmen wir die Kapazitäten der unten dargestellten geeigneten Unternehmen in Anspruch (sog. **Eignungsleihe**).



Die entsprechende Verpflichtungserklärung nebst Anlagen liegt diesem Angebot bei.⁹

Angaben zu Nachunternehmer(n) eintragen. Sofern mehr als drei Nachunternehmen vorgesehen sind, bitte ergänzen oder eine Anlage beifügen.

Name des eingebundenen Unternehmens:	
Anschrift (Str., Haus-Nr., PLZ, Ort):	
Vorgesehene Leistungen:	

⁸ Nur bei Bedarf auszufüllen.

⁹ Bei Bedarf ankreuzen und Anlagen beifügen.

Name des eingebundenen Unternehmens:	
Anschrift (Str., Haus-Nr., PLZ, Ort):	
Vorgesehene Leistungen:	

Name des eingebundenen Unternehmens:	
Anschrift (Str., Haus-Nr., PLZ, Ort):	
Vorgesehene Leistungen:	